Die Taktik des Gegners

Es geht um die Verschärfung des faschistischen Angriffs — Durchkreuzt alle Manöver!

Wir schließen mit Nachstehendem unseren Artikel ab. Dieser war vor allem der Klarstellung und Entlarvung der SPD-Manöver zum Schutze der Schleicher-Diktatur gewidmet. In einem besonderen, noch folgenden Artikel werden wir zur Rolle der NSDAP unter der Schleicher-Diktatur Stellung nehmen.
Die Redaktion.

Die Verbreiterung der faschistischen Massenbasis, die Entlastung vor allem der Sozialdemokratie von dem zunehmenden revolutionären Massendruck und der Radikalisierung in der eigenen Arbeitermitgliedschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben, deren Lösung die Bourgeoisie von Schleicher verlangt. Der Lösung dieser Aufgabe ist die seit dem Abgang Papens veränderte Taktik des Klassenfeindes untergeordnet. In allen ihren Beschlüssen der letzten Jahre stellten die Kommunistische Internationale und ihre deutsche Sektion, die KPD, fest, daß gerade der von der Sozialdemokratie bewußt konstruierte Gegensatz zwischen der demokratisch-parlamentarischen Form der kapitalistischen Diktatur und dem Faschismus, der offenen, unverhüllten, terroristischen Diktatur der Bourgeoisie die Wachsamkeit der Massen im Kampfe gegen die heraufziehende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschläfern sollte. Es ist zweifellos, daß die SPD-Führer mit diesem Betrug, vor allem unter der Brüning-Aera und noch bis zum 20. Juli, innerhalb der Arbeiterschaft nicht erfolglos blieben.

Mit der Papenschen Methode der „autoritären" Regierung, der Ausschaltung des Parlaments, der Beseitigung auch der letzten demokratischen Ueberbleibsel verengerte sich die objektive Basis für die sozialdemokratischen Betrugsmanöver. Es war eine der ersten Taten des „sozialen" Generals Schleicher, diese für die Bourgeoisie „enge Stelle" ihrer Klassenoffensive wieder zu erweitern und neue Kanäle für parlamentarische Illusionen zu schaffen. Schleicher schaltete den Reichstag in die Pläne der Diktaturregierung ein, erlaubte den bürgerlichen Parteien, auf einige Tage das Volk von der Reichstagstribüne herab „vertreten" zu dürfen. Prompt zog die sozialdemokratische Presse die sehnlichst erwarteten Folgerungen aus der neuen Lage:

„Sie (die Sozialdemokratie) hat es fertig gebracht, daß dieser Reichstag mit seiner antiparlamentarischen Mehrheit in drei kurzen Sitzungen Zeugnis ablegte für den Wert und die Bedeutung eines arbeitsfähigen Parlaments."
(„Vorwärts" vom 10. Dezember.)

Noch kräftiger singt die „linke" Toni Sender im „Sächsischen Volksblatt" das „Hohe Lied" auf den demokratischen Popanz:

„Nicht, weil die Demokratie versagte, sind wir in die jetzige Lage gekommen, sondern weil man sie auf der Seite der Kapitalisten fürchtete, und weil sich zu diesen noch die Saboteure der Demokratie auf der äußersten Linken gesellten, deren gemeinsamen Angriff allein das Zurückdrängen und die ernste Gefährdung der Volksrechte gelang. Wollte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Diktatur aufstellen, dann bewirkte man damit nichts anderes, als eine Förderung der Diktatur der Konterrevolution. Wir aber wollen die Demokratie..."

Der Zweck dieses neuen Betrugsspiels ist leicht zu erklären. Der 20. Juli, an dem das „demokratische" Bollwerk Preußen von einem Reichswehrleutnant und zwei Mann ohne Pulver, Schwertstreich und Generalstreik genommen wurde, hatte den von den SPD-Führern innerhalb der Arbeiterschaft gezüchteten demokratischen Illusionen einen entscheidenden Stoß versetzt. Generalstreik, außerparlamentarische Aktion, Diktatur des Proletariats, unter der Brüning-Diktatur noch „kommunistische Fremdworte" für die SPD-Arbeiter, wurden nach dem 20. Juli in immer steigendem Maße der Diskussionsgegenstand sozialdemokratischer Arbeiterversammlungen. Der veränderten Stimmung der Mitgliedschaft entsprechend, erschien in der SPD-Presse eine veränderte Phraseologie. „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe", „sozialistische Aktion", „Umrüstung unserer Kampfmittel" lauteten die Betrugsparolen, ohne damit die weitere Radikalisierung der SPD-Arbeiter aufgehalten zu haben. Mit der Wiederherstellung der parlamentarischen Attrappe durch Schleicher soll der weiteren „Entartung" der SPD-Arbeiter und Gewerkschafter, ihrem wachsenden Kampfeswillen zur außerparlamentarischen Aktion der Riegel vorgeschoben werden. „Seht, der Parlamentarismus hat doch Wert und Bedeutung, die Demokratie verteidigt doch die sozialen Errungenschaften und baut die Brücke zum Sozialismus, seht die kommunistischen Streikhetzer, die Saboteure der Demokratie auf der äußersten Linken (vergleiche Toni Sender!) unter sich." Das ist der alte und wieder neue Vers, den die Löbe und Breitscheid seit dem 6. Dezember pfeifen.

Wie steht es mit dieser, den sozialdemokratischen Führern von Schleicher geschenkten neuesten parlamentarisch-demokratischen „Errungenschaft"? Die schlagendste Formel bringt die „Berliner Börsenzeitung" vom 14. Dezember:

„Wenn Herr von Schleicher mit dem Parlament auskommt, warum sollten wir ihn dann tadeln? Wenn aber der Reichstag seine Arbeit sabotiert und die Stellung des Reichspräsidenten untergräbt ..., so wird niemand dem General verargen, wenn er einem pflichtvergessenen Reichstag den Rücken kehrt. Das sind praktische Grundsätze, und jeder kann sie verstehen."

Für die „praktischen Grundsätze" der Schleicherregierung liegen bereits einige sehr überzeugende Beweise vor. Von den im Reichstag und seinen Ausschüssen mit Mehrheit angenommenen Beschlüssen ist nur die Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Papenschen Lohnabbau-Notverordnung durch die Schleicherregierung anerkannt worden. Denn dieser Beschluß war durch das praktische Handeln der streikenden Betriebsarbeiter gegen die Papen-Notverordnung bereits vorweggenommen worden.

Aber die Papensche Notverordnung berührte ja nur einen Bruchteil des im letzten halben Jahre durchgeführten Lohnraubs. Der in den Großbetrieben durchgeführte Abbau der übertariflichen Verdienste, der Lohnraub auf dem Wege freier Vereinbarungen und Schiedssprüche, der durch die Brüningsche Notverordnung durchgeführte jüngste Lohnabbau bei der BVG und anderen Betrieben bleiben in Kraft. Hätte der Reichstag die Aufhebung dieses, viele Hunderttausende von Arbeitern erfassenden Lohnabbaues beschlossen und auf die Durchführung des Beschlusses beharrt, wäre von dem „Wert und der Bedeutung eines arbeitsfähigen Parlaments" (vergleiche „Vorwärts") nichts anderes übriggeblieben als die nackte Generalsfaust der faschistischen Diktatur. Die seitens der Regierung erfolgende Behandlung der vom Reichstag und seinen Ausschüssen mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse auf Winterhilfe und Aufhebung der durch die Papenregierung notverordneten Renten- und Unterstützungskürzung, wird der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein weiteres Beispiel dafür liefern, welchen „Wert" das von der SPD-Presse begrüßte Schleicher-Parlament für das Proletariat hat.

Wir können zusammenfassen: Die durch die Schleicher-Diktatur angewandte veränderte Taktik, die stärkere Betonung der sozialen Phrase, Scheinkonzessionen und parlamentarische Täuschungsmanöver entspringen folgenden für die Bourgeoisie außerordentlich wichtigen Beweggründen:

Sie sollen der Sozialdemokratie ihre Manövrierfähigkeit erleichtern, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter von einem gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf gegen jede Form des faschistischen Angriffs abhalten.

Sie soll durch die Verengung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront, durch die Isolierung der revolutionären Avantgarde von den Massen der Bourgeoisie ein Angriffsfeld schaffen, auf dem diese erfolgreicher als unter Papen die Entfaltung der faschistischen Diktatur erzwingen kann. Aber mit der Aufzeigung dieser das Proletariat bedrohenden Gefahrenpunkte ist das Thema noch nicht erschöpft.

Die Beschlüsse des 12. Plenums und der Reichsparteikonferenz unterstreichen noch einmal ausdrücklich, daß mit der weiteren Zuspitzung der Krise die Faschisierung der Sozialdemokratie fortschreitet, wobei ihre zur Anwendung gelangenden Manöver um so häufiger und vielgestaltiger werden, je mehr und schneller ihr Masseneinfluß zurückzugehen droht. Gerade gegenwärtig ist das Proletariat Zeuge des beschleunigt sich entwickelnden faschistischen Kurses der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Reichsbannerführung, der sich unter der „linken" Flankendeckung der Sozialdemokratischen Partei vollzieht. Leiparts Interview im „Excelsior", worin er dem General Schleicher seine bedingungslose Ergebenheit bescheinigt, ist eines der zynischsten und offensten Bekenntnisse der Gewerkschaftsbürokratie, ihre Kräfte, ihren Einfluß innerhalb der organisierten Arbeiterschaft zum Einbau der Gewerkschaftsorganisationen in das staatliche Gefüge der faschistischen Diktatur zur Verfügung zu stellen.

Im Wettlauf mit der Leipart-Bürokratie beschreitet die Reichsbannerführung den letzten Weg sozialchauvinistischer Aufpeitschung und der organisatorischen Einordnung des Reichsbanners in das faschistische Rekrutierungs- und Militarisierungssystem des deutschen Imperialismus. Während den Reichsbannerrebellen, nicht überall erfolglos, der Beitritt in das Stülpnagel-Kuratorium als eine Maßnahme „im Interesse der proletarischen Wehrhaftmachung gegen den Faschismus" vorgelogen wird, läßt das Zentralorgan der Höltermanns offen die Masken fallen:

„Unerschüttert ist nach wie vor unsere positive Einstellung zur Wehrmacht und zum Prinzip der notfalls bewaffneten Verteidigung deutschen und europäischen Kulturbodens."

Löst man die sozialfaschistische Praxis aus der sie verschleiernden sozialen Phraseologie der SPD-Führer, dann hat man ein anschauliches Bild für die Richtigkeit der Stalinschen These, wonach Faschismus und Sozialfaschismus nicht Widersacher, sondern Zwillinge sind, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern einander ergänzen. Dann ist es offenbar, daß die durch Schleichers Taktik wenigstens vorübergehend erleichterten „linken" Manöver der Sozialdemokratie nicht der Abschwächung, sondern der Verschärfung des faschistischen Angriffs gegen die revolutionäre Einheit der proletarischen Klasse dienen sollen.

Dann wird es offensichtlich, von welch entscheidender Bedeutung es für das weitere Schicksal unserer Klasse ist, mit welcher Kraft wir um den sozialdemokratischen Klassengenossen, den Gewerkschaftskollegen, den Reichsbannerkameraden ringen, um ihn den SPD-Führern, den Hochverrätern am Proletariat zu entreißen!

Massenverhaftungen im ganzen Reich!

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

In Köln wurde gestern eine legale Funktionärversammlung polizeilich gesprengt. 100 Arbeiter wurden festgenommen. 27 davon blieben in Haft. In spontanen Kundgebungen hat die Kölner Arbeiterschaft gegen dieses Vorgehen protestiert und demonstriert.

In München wurde gestern eine Zusammenkunft der Landobleute unserer Partei polizeilich aufgelöst, weil sie die Organisierung einer Konferenz beriet. Zur gleichen Zeit wurde eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus polizeilich besetzt und sämtliche 61 Teilnehmer verhaftet.

In Groß-Breitenbach in Thüringen wurde bei allen Parteimitgliedern Haussuchung vorgenommen und 30 Genossen verhaftet. Die harmlosesten Broschüren und Schriften wurden als „hochverräterisch" bezeichnet und beschlagnahmt.

In Württemberg führte die Polizei Haussuchungen in 30 Ortsgruppen der Roten Hilfe durch. Das Bezirkssekretariat der Roten Hilfe wurde kurz hintereinander von drei Haussuchungen betroffen.

Das sind die Meldungen eines einzigen Tages! „Hochverrat und Aufruhr" — wenn wir die Oeffnung der Getreidespeicher und Kohlenhalden verlangen, wenn wir Brot für die Hungernden, Kohlen für die Frierenden verlangen, wenn wir den Werktätigen die Wege zeigen, die im Kampfe um ihre Lebensforderungen beschritten werden müssen!

Der Kampfruf der Kommunisten kann auch nicht durch den verstärkten Terror erstickt werden!

Kapitalspresse fordert Inkraftsetzung des Ausnahmegesetzes

Berlin, 17. Dezember

Die Berliner Börsenzeitung bringt in ihrer gestrigen Abendausgabe an der Spitze einen Artikel, in dem die sofortige Inkraftsetzung des Ausnahmegesetzes gegen die Kommunisten gefordert wird. Bei Besprechung eines Flugblattes schreibt das Blatt:

„Nach unserem Dafürhalten müßte schon die Verbreitung derartiger zum Bürgerkrieg auffordernder Flugblätter allein genügen, um der Regierung zu beweisen, daß der von dem Reichskanzler gestern ins Auge gefaßte Fall bereits eingetreten und der Erlaß der angekündigten drakonischen Maßnahmen ein Gebot der Stunde ist."

Diese Hetze der Kapitalspresse muß die Werktätigen veranlassen, sich fester um die KPD zu scharen.

Neues Schreckensurteil

13 revolutionäre Arbeiter zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurde nach viertägiger Verhandlung das Urteil gegen 13 revolutionäre Arbeiter gefällt, die angeklagt waren, wegen „Verbrechens der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz." Es wurden verurteilt der Arbeiter Paul Jäger zu 3 Jahren Zuchthaus, Max Sm[illegible] zu 2 Jahren Zuchthaus, Fritz Lindemann 8 Monate Gefängnis, Paul Seiffer 1 Jahr 3 Monate Festung, Karl Holl 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, Fritz Meyer 3 Jahre Zuchthaus, Friedrich Wemhöhner 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Hermann Stefanowski 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Fritz Hülsmann 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Th[illegible] Zierchhoff 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Ferdinand Pappenbusch 1 Jahr Zuchthaus, Paul Sielemann 1 Jahr Festung.

Diese ungeheuerlichen Zuchthausurteile gegen revolutionäre Arbeiter kennzeichnen den Schleicherkurs in Deutschland. Die Arbeiterschaft muß ihre Anstrengungen verstärken und alle Kräfte mobilisieren für die vollkommene Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Straßer fährt zu Mussolini

Einer Blättermeldung aus Bozen zufolge ist Gregor Straßer mit seiner Familie dort eingetroffen. Straßer selbst begab sich gleich nach Rom und trifft am Sonnabend wieder in Bozen ein, wo er bis nach Weihnachten bleiben wird.

Finanzkapital klatscht Schleicher Beifall

Lobeshymnen und Eingeständnisse der bürgerlichen Presse

Die Rundfunkrede Schleichers wird von der schwerindustriellen Presse freudig begrüßt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

„Man wird nicht behaupten können, daß seine wirtschaftlichen Ideen sozialistisch seien; immerhin war es nicht überflüssig, daß er auch seinerseits mit der Autorität des Regierungschefs wiederholte, was am Tage zuvor bereits Reichswirtschaftsminister Warmbold vor der deutschen Industrie betont hatte, daß nämlich die Grundzüge des Papenschen Wirtschaftsprogramms weitergeführt werden sollen. Innenpolitisch hob er hervor, daß der Reichspräsident mit ihm entschlossen ist, das Reichskommissariat für Preußen erst dann aufzuheben, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Im übrigen geht sein Gedanke offensichtlich dahin, die Parteien sowohl wie die Bünde zum Dienst am Staate zu verpflichten, ihm aber keinesfalls ihrer Herrschaft unterworfenen. Insofern war er berechtigt, daß er am Schluß auch für seine Regierung die Bezeichnung „Präsidialkabinett" in Anspruch nahm."

Wahrhaftig, man kann nicht behaupten, daß Schleichers „Ideen sozialistisch seien". Sie sind in der Tat — und auch die DAZ unterstreicht das — kapitalistisch und erzreaktionär, und „sozial" ist nur die Geste.

Dasselbe unterstreicht auch der Berliner Börsen-Courier:

„Die erst geweckte, dann durch politische Kämpfe wieder geschreckte Unternehmungslust in Deutschland wird wieder befestigt werden durch die Versicherung, daß keinerlei Wirtschaftsexperimente zu befürchten sind, daß der Kern des Papenschen Wirtschaftsprogramms aufrecht erhalten bleibt."

Was hinter den „sozialen" Redensarten steckt,

plaudert die Schleicher nahestehende Tägliche Rundschau aus:

„Es ist immerhin eine Leistung, den gordischen Knoten zu zerschlagen und dabei eine weiche Hand zu haben. Der General von Schleicher hat dieses Kunststück in seiner gestrigen Rede zustande gebracht . . . Freilich, hinter dieser weichen Hand verbarg sich manches, was gestern nicht direkt zum Ausdruck kam. Die Warnung, in Preußen Dinge zu tun, die die Regierung nicht zulassen würde. Eine äußerst scharfe Absage an die KPD. Eine Mahnung an die Presse."

Das Zentrumsorgan, die Germania, ist direkt begeistert und singt Schleichers Lob in allen Tonarten. So vereint euch, christliche Arbeiter, die Zentrumspartei und die christliche Gewerkschaftsbürokratie.

Die Kreuz-Zeitung hebt den imperialistischen Charakter der Schleicherrede hervor:

„Verhalten soldatischer Ton zeichnet die Rede des Reichskanzlers naturgemäß besonders dort aus, wo er immer wieder von seiner Verbundenheit mit der Wehrmacht spricht. Aus echt preußischem Empfinden erwächst seine Forderung nach Wiedergewinnung der allgemeinen Wehrpflicht als bestes Erziehungsmittel für die junge Mannschaft unseres Volkes."

Das „demokratische" Berliner Tageblatt leckt ergeben die Generalsstiefel („Sympathisch berührt ... die Beschränkung auf den einen Programmpunkt „Arbeit schaffen"") und das [illegible], zu dem sich das erbärmliche bürgerliche „Demokraten"-Blatt aufschwingt, ist die Bemerkung, „lediglich den Kommunisten, immerhin eine große politische Partei von 100 Abgeordneten, [illegible] Schärfe drohe.

Gewerkschaftsbürokratie zum Befehlsempfang bei Warmbold

Gestern haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften erneut bei dem Reichswirtschaftsminister Warmbold verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen wird von der kapitalistischen Presse und auch vom Vorwärts verschwiegen. Es wird nur gesagt, daß Warmbold mitteilte, daß bis jetzt 58 Millionen Mark an Einstellungsprämien verteilt wurden und daß dieses System der Steuergutscheine weiterhin aufrechterhalten werden soll.

Aeltestenrat einberufen

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichstagspräsident hat den Aeltestenrat des Reichstages zum 19. Dezember einberufen zwecks Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag auf sofortigen Zusammentritt des Reichstages.

Hitler schickt den hessischen Nazigauleiter in die Wüste

Hitler hat den bisherigen Gauleiter der NSDAP für Hessen, Paul Lenz, in „Krankheitsurlaub" geschickt. Lenz hat sein Landtagsmandat und den Vorsitz der Fraktion bereits niedergelegt. Fraktionsführer ist der berüchtigte Verfasser des blutigen Boxheimer Dokumentes, Best, geworden.

•

Gestern kam es in Berlin wiederum zu Demonstrationen der Arbeiter. In der Reinickendorfer Straße gaben Polizeibeamte Schüsse ab. In der Lindenstraße wurde eine Anzahl von Demonstranten verhaftet.

Auch die Halleschen Arbeiter holen sich Kohle

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht).

Vor dem überfüllten Brikettlager der Grube „Alwine" bei Halle erschienen gestern Hunderte von erwerbslosen Männern und Frauen mit Handwagen, Fahrrädern und Säcken, um die kostenlose Herausgabe von Heizmaterial zu verlangen. „Wir frieren in unseren Wohnungen," so erklärten sie, „weil wir uns keine Kohle kaufen können, aber hier auf dem Grubenhof da türmen sich die Briketts zu Bergen, sie verwittern und zerfallen".

In der Tat — die Verwaltung wußte schon gar nicht mehr, wo sie die Briketts aufstapeln sollte. Schließlich gab sie dem Verlangen der Frierenden nach und bald sah man einen längeren Zug von beladenen Kohlenwagen, Fahrrädern und Säcken nach Halle zurückziehen.

SLUB
Wir führen Wissen.